Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 52 (1958)
Heft: 1

Artikel: Flüchtlinge im Mittleren Osten
Autor: Furrer, Paul
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140242

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

aufgenommen hat . . ., der wird Einkehr halten in dem Sinne, daß er den Mut aufbringt, die Tatsachen zu erkennen und die Konsequenzen zu ziehen – praktische Konsequenzen im Hier und Jetzt: Hilfe und Verständnis für die heute noch lebenden Juden und ihre Bemühungen um einen neuen Staatsaufbau, auch für ihr Verhalten gegenüber dem deutschen Volk . . . Vor allem aber sollten wir uns nie wieder den Kopf vernebeln lassen durch eine Ideologie, die irgendeine Rasse, einen Staat, eine politische, konfessionelle oder soziale Gruppe als den Teufel hinstellen will, dem allein alles Unheil auf der Welt zu verdanken sei! (Leider gibt es schon wieder Anzeichen für eine solche Haltung.) Wenn solche Konsequenzen gezogen würden, dann wäre das Opfer der Verfolgten von 1933 bis 1945 nicht völlig umsonst gewesen.»

Die Redaktion

Flüchtlinge im Mittleren Osten

Über den Nahen Osten, das heißt über die arabischen Flüchtlinge aus Israel, die aus den verschiedensten Gründen unsere Anteilnahme erregen, sprach Dr. Elfan Rees an der Genfer Flüchtlingskonferenz vom 27. und 28. Mai 1957. Dr. Rees berät den Weltkirchenrat in Flüchtlingsfragen. Bevor wir zu seiner Darstellung der heutigen Lage übergehen, möchten wir in Umrissen zeigen, wie es dazu kam, daß heute über 900 000 Araber in den Nachbarstaaten Israels als Vertriebene leben und moralisch verkommen.

Die meisten unserer Leser werden sich erinnern, daß England als vom Völkerbund bestellte Schutzmacht Palästinas nach dem Zweiten Weltkrieg in immer größere Schwierigkeiten geriet. Die Juden Palästinas forderten damals vermehrte Einwanderung vor allem von Überlebenden aus Nazi-Konzentrationslagern. Die Araber anderseits wollten diesen Zustrom verhindern und bestimmten die britische Regierung (Ernest Bevin), die Zahl der Einwanderer auf ein Minimum zu beschränken. Dies führte zu Gewalttaten von seiten der Araber, der Juden wie der militärischen Kräfte der Mandatsmacht. Die britische Regierung, ihrer Aufgabe als Vermittler müde, beschloß, das Palästinaproblem der UNO zu unterbreiten. Im Frühling 1947 beorderte die UNO eine Untersuchungskommission an Ort und Stelle. Sie sprach sich für eine Unterteilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Teilstaat aus, bei wirtschaftlicher Zusammenarbeit der Teilstaaten. Weder Juden noch Araber waren von dieser Lösung befriedigt, immerhin waren die Juden bereit, sich damit abzufinden. Die britische Regierung war jedoch nicht gewillt, die Teilung durchzuführen, es sei denn, beide Parteien stimmten ihr zu. Am 29. November erklärte sich die Generalversammlung der UNO zugunsten der Teilung, worauf die britische Regierung den Rückzug aller ihrer Truppen

auf den 15. Mai 1948, mit anderen Worten die Aufgabe ihres Palästina-Mandates, ankündigte. Die UNO, die keine Polizeitruppen besaß, ordnete eine Kommission ab, um die vereinbarte Teilung zu überwachen, konnte aber deren Einreise nach Palästina nicht durchsetzen. Die Briten beschränkten sich fortan darauf, den Verkehr lahmzulegen, verhinderten aber nicht die Kämpfe zwischen jüdischen Widerstandsgruppen (Irgun Zvai Leumi) und arabischen Guerillakämpfern und plündernden Banden. Die arabischen militärischen Unternehmungen wurden vom Ex-Mufti von Jerusalem, einem Nazifreund, geführt. Im Dezember 1947 trat auch die Arabische Legion aus Transjordanien unter britischen Offizieren in Aktion, indem sie den arabischen Teil Palästinas für ihren König Abdullah besetzte. Im Februar 1948 schließlich fiel eine sogenannte «Befreiungsarmee», die Waffen und Instruktionen von der Arabischen Liga erhielt, in Palästina ein, und es kam zu lokalisierten Kämpfen. Das Bestreben der Araber war, der UNO zu beweisen, daß ihr Teilungsbeschluß nicht durchführbar sei und nur das Chaos herbeiführe. Sie hofften weiter, die jüdischen Gegenangriffe würden die Briten wie alle Staaten der Arabischen Liga zwingen, einzugreifen.

Die alarmierenden Nachrichten aus Palästina ließen in der UNO den Vorschlag reifen, Palästina unter UNO-Aufsicht zu behalten, aber die Juden Palästinas, die in der «Jewish Agency» eine Art Schattenregierung hatten, kamen einem UNO-Beschluß zuvor und proklamierten am 14. Mai 1948 die Gründung des Staates Israel. Die letzten britischen Truppen verließen das Land in den darauffolgenden Tagen, und ihnen auf den Fersen folgte der Einfall von militärischen Kräften aus Ägypten, Transjordanien, Syrien, Libanon und Irak.

Die UNO vermittelte am 11. Juni 1948 noch einmal einen Waffenstillstand von einem Monat. Nach dessen Ablauf verweigerten die arabischen Staaten eine Verlängerung – was für sie verheerende Folgen hatte. Innerhalb von zehn Tagen wurden sie hoffnungslos geschlagen und mußten ihrerseits um einen Waffenstillstand bitten. Dieser Waffenstillstand ist es, der seit 1948 besteht. Es sind die arabischen Staaten, die sich weigern, ihn in einen Friedensvertrag überzuführen, wie es der Wunsch der Juden ist.

Der Auszug der Araber: Begüterte Araber – man schätzt ihre Zahl auf etwa 8000, begannen Palästina zu verlassen, sobald, noch unter der Mandatmacht, die Guerillakämpfe einsetzten, um vorübergehend in angrenzenden Ländern Schutz zu suchen. Mit Beginn der Feindseligkeiten im Frühling 1948 forderten die Arabische Liga und andere Propagandastellen die gesamte arabische Bevölkerung auf, das Land vorübergehend zu verlassen, um in ein paar Wochen im Gefolge der siegreichen arabischen Armeen wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Es gibt viele nicht zu widerlegende Beweise, daß man von arabischer Seite einen massiven Druck besonders auf Leute in führender Stellung – Grundbesitzer, Beamte, religiöse Führer und

SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV

Richter ausübte. Wer zu bleiben wünschte, wurde als Verräter an der arabischen Sache bezeichnet. Dazu kam die Furcht vor Vergeltung für arabische Terrorakte, die von der Propaganda ebenfalls in den schwärzesten Farben ausgemalt wurden. Es ist daher nicht erstaunlich, daß sich in den Tagen nach Abzug der britischen Truppen eine Panik der arabischen Bevölkerung bemächtigte, so daß sie zu Hunderttausenden über die Grenzen floh.

Obschon sich dieser Exodus zugunsten der Israelis auswirkte, liegen keine Beweise vor, daß sie auf die Vertreibung der Araber hingearbeitet hätten, während sie überzeugend belegen können, daß sie die Araber Palästinas immer wieder aufforderten, im Lande zu bleiben (REMP)*. In der Proklamation des neuen Staates heißt es: «Mitten im Abwehrkampf gegen frechen Überfall appellieren wir an euch, arabische Einwohner des Staates Israel, Frieden zu halten und eure Aufgabe am Aufbau des Landes, im Besitz gleicher Bürgerrechte und voller Vertretung eurer Interessen in allen gesetzlichen Körperschaften und Einrichtungen zu erfüllen.» Es war vergeblich. Arabische Presse und Radio hießen die Araber solche Versprechungen nicht glauben. So blieben nur wenige Araber in Israel – im Hügelland von Judäa, in der Ebene von Samaria, zum Beispiel, und einige halb nomadische Stämme, die mit den Israelis Frieden geschlossen hatten.

Die Flüchtlinge aus Palästina wurden in den umliegenden Ländern – Jordanien, Ägypten, Syrien und Libanon – zunächst provisorisch in Zelten und in den Dörfern der Randgebiete untergebracht. Ihr schlechter Gesundheitszustand machte sofortige Hilfe nötig. Sie wurde rasch koordiniert unter der Bezeichnung: UNRPR (United Nations Relief for Palestine Refugees), UNO-Hilfe für Palästina-Flüchtlinge, und im Dezember 1949, als man sah, daß Unterstützung nicht genüge, und nach dauerhafteren Lösungen suchte, wurde daraus die UNRWA, die Arbeitsbeschaffungsstelle, ebenfalls eine UNO-Einrichtung, deren Kosten zu 70 Prozent von den Vereinigten Staaten getragen werden. Wenn Zahlen von Flüchtlingen erwähnt werden, so muß man sich immer daran erinnern, daß dies nur Schätzungen sind. Die UNO-Wirtschaftskommission für den Mittleren Osten kam auf Grund der registrierten Abgabe von Lebensmittelrationen (28. Dezember 1949) auf die Zahl von 1 019 000 Rationenbezügern, von denen jedoch, nach ihrer Schätzung – nicht mehr als 726 000 Personen waren, die infolge der Ereignisse in Israel ihr Heim und ihren Unterhalt verloren hatten. Die heutigen Zahlen lauten auf 922 000 Flüchtlinge, etwa 250 000 Kinder inbegriffen, die seit 1948 geboren wurden. Sie verteilen sich auf Syrien, wo sie 2,4 Prozent der angestammten Bevölkerung ausmachen, Libanon mit 7,4 Prozent, Jordanien, wo sie eine Mehrheit bilden (56 Prozent) und schließlich den Streifen von Gaza, wo sie zweieinhalbmal so zahlreich sind wie die Einheimischen. Man

* Siehe Notiz am Schluß.

braucht nicht viel Phantasie, um zu begreifen, wie verheerend sich solche Verhältnisse auf die Dauer auswirken.

Seit acht Jahren werden diese Flüchtlinge von der UNRWA, einer Kommission der UNO, betreut, die über ein jährliches Budget (bis 1960) von 23 Millionen Dollar verfügt. Außerdem beteiligen sich an der Fürsorge die UNESCO (UNO-Erziehungs-, Wissenschafts- und Kultur-Organisation) und das WHO (Weltgesundheitsamt). Diese internationalen Organisationen in Verbindung mit unabhängigen Körperschaften, wie dem Christlichen Verein junger Männer und unzähligen anderen freiwilligen Vereinigungen, steuern jährlich etwa 8 Millionen Dollar bei. Diese Summen genügten bisher für knappe Ernährung, Kleider, Obdach und Gesundheitsfürsorge der Flüchtlinge sowie für die Schulung ihrer Kinder. Dieser letzte Umstand, die Tatsache, daß 160 000 dieser Flüchtlingskinder geschult werden, gehört zum Erfreulichsten, was gemeldet werden kann. Um die Verhältnisse gerecht zu beurteilen, muß man auch darauf hinweisen, daß die Flüchtlinge dank WHO, was Ernährung und Gesundheitszustand anbelangt, besser daran sind als gewisse Bevölkerungsschichten ihres Gastlandes, was erstaunlich ist, wenn man bedenkt, daß gegen 40 Prozent der Palästinaflüchtlinge in 60 Lagern mit einer Belegschaft von 300 bis 30 000 Personen leben.

Oder vegetieren. Die geistige oder moralische Gesundheit entspricht leider nicht den physisch meßbaren Zuständen. Die Flüchtlingsmentalität, wie sie in andern Ländern, wie zum Beispiel in Deutschland (1945), festzustellen war, existiert auch bei den Arabern – obschon sie sonst das Unvermeidliche als Ausdruck des göttlichen Willens bereitwilliger annehmen als die Europäer. Aber für die Mehrheit der Flüchtlinge ist das Leben im Lager auch heute noch ein böser Traum, der einst von der Wirklichkeit der Rückkehr in die Heimat – zum ererbten Stück Land mit seiner Hütte – abgelöst werden wird. Wer verhindert die Erfüllung dieses Traumes, fragen die Flüchtlinge. Die UNO – die westlichen Nationen überhaupt! Sie sind der Sündenbock. Liegt nicht ein UNO-Beschluß vor über unsere rechtmäßige Rückkehr? Wo sind die Entschädigungssummen, die Israel von der UNO zu zahlen aufgefordert wurde (Beschluß der UNO-Generalversammlung vom 11. Dezember 1948)? Was heute von der UNO und den westlichen Ländern für den Unterhalt der Flüchtlinge aufgewendet wird, ist, wie sie finden, nur die teilweise Erfüllung eines Rechtsanspruchs. Nichts kann sie von diesem Standpunkt abbringen – der natürlich durch die weltpolitische Unterstützung, die die Sowjetunion gegenwärtig den arabischen Staaten gewährt, gestärkt wird. Außerstande, sich der Wirklichkeit anzupassen, und unfähig, einzusehen, daß ihre Notlage von bestimmten Politikern als Druckmittel benützt wird, geraten sie mehr und mehr in eine ausweglose Situation. Dauernde Niederlassung außerhalb Palästinas wäre für sie Verrat!

Die junge Generation – etwa 50 Prozent der Flüchtlinge sind

weniger als 15 Jahre alt – lebt, oberflächlich beurteilt, in bevorzugten Verhältnissen. Sie erhält höhere Rationen, bessere Kleider, und sie wird geschult. Anderseits wird sie in einem Rachegeist erzogen, der noch durch die sanktionierten Verbrechen und Überfälle, die sich an den Grenzen Israels abspielen, Nahrung findet und für die Zukunft nichts Gutes verheißt.

Was für Möglichkeiten bestehen für eine gerechte Lösung? Gegen eine Rückkehr der Flüchtlinge nach Palästina, die von den arabischen Führern als einziger Ausweg dargestellt wird, spricht vieles. Unzählige und belegbare Erklärungen arabischer Politiker lassen klar erkennen, daß eine Repatriierung nur ein Ziel verfolgen würde: Nicht Zusammenarbeit mit den Israelis, sondern Vernichtung des neuen Staates. Auch die neuerliche Asiatisch-afrikanische Konferenz von Kairo läßt darüber keinen Zweifel. Mit der Brandmarkung Israels als Vorposten westlichen Imperialismus' sind die Weichen für die Zerstörung Israels gestellt.

Israel macht seinerseits geltend, daß es in den Jahren 1951 bis 1954 nicht weniger als 350 000 jüdische mittellose Flüchtlinge aus arabischen Ländern aufnehmen mußte, was seine wirtschaftliche Lage ungeheuer anspannte. Israel ist heute eines der dichtest bevölkerten Länder des Mittleren Ostens. Den Israelis zuzumuten, eine fünfte Kolonne von einigen hunderttausend Arabern aufzunehmen, käme einer Aufforderung zum Selbstmord gleich. Man darf daraus füglich schließen, daß mit Ausnahme von einzelnen Arabern, die zu ihren noch in Israel ansässigen Familien zurückzukehren wünschen, die Repatriierung keinen gangbaren Weg zur Lösung der Krise bildet (REMP).

Es besteht jedoch kein Zweifel, daß die arabischen Flüchtlinge Anspruch auf Hilfe haben. Da das Mandat der UNO-Kommission für die Flüchtlingshilfe im Mittleren Osten (UNRWA) 1960 abläuft, sind rasche Beschlüsse dringend nötig. Die Genfer Konferenz für Flüchtlingsfragen, die wir eingangs erwähnten, war der Auffassung, daß den Palästina-Arabern ein Recht auf Hilfe von seiten Israels zusteht. «Die Regierung Israels sollte ihr Angebot der Kompensation an die arabischen Flüchtlinge erneuern und es mit internationaler finanzieller Unterstützung so umfassend gestalten, daß es seinem Zweck, der Schaffung von neuen Heimstätten und Arbeitsplätzen, entspricht.» Die arabischen Flüchtlinge können, nach Ansicht der Genfer Konferenz, Unterstützung aber auch von den Staaten der Arabischen Liga fordern und ihre tatkräftige Mitarbeit bei den Aufgaben der Neuansiedlung in ihren Ländern. Was die Aufnahme von Neusiedlern erschwert, ist bis jetzt der mangelnde Wille zur Zusammenarbeit, sowohl bei den Flüchtlingen wie bei den Regierungen der Gastländer. In einigen dieser Länder bestehen starke Widerstände gegen die Schaffung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten. Sie liegen nicht zum geringsten in der Abneigung des «Effendi», das heißt des wirtschaftlich Mächtigen,

gegen eine Hebung der «niederen Klasse» auf einen höheren Lebensstandard. Das Fehlen eines sozialen Gewissens macht ihn zum Feind sozialer Besserung, westlicher Ideen und der Ausländer überhaupt. Auch wo Möglichkeiten wirtschaftlicher Entwicklung vorliegen, blokkieren nur zu oft behördlicher Unverstand und Blindheit für das wohlverstandene Interesse des Landes die nötigen Maßnahmen.

Man muß sich dieser Schwierigkeiten psychologischer Art bewußt sein, wenn man die Siedlungsmöglichkeiten für die Palästina-Araber, wie sie von der UNRWA ausgearbeitet worden sind, überblickt. Die Hindernisse geographischer und politisch-wirtschaftlicher Natur sind jedoch viel schwerwiegender. Etwa zwei Drittel der arabischen Flüchtlinge sind Bauern. Ob man für sie neuen Boden finden kann, hängt von den Projekten für Bewässerung und Urbarmachung ab, die in einigen der Nachbarländer ausgearbeitet wurden, von Plänen, die zum Teil noch auf dem Papier stehen, während andere schon in Ausführung begriffen sind. Ein Gebiet wie der Gazastreifen, wo die Flüchtlinge wie Heringe in der Büchse zusammengedrängt sind, fällt außer Betracht. Auch Jordanien mit 512 000 Flüchtlingen kann nur eine geringe Anzahl dauernd absorbieren, falls gewisse Bewässerungs- und Urbarisierungsprojekte durchgeführt werden, was vorläufig nicht wahrscheinlich ist. Libanon, mit 102 000 Flüchtlingen, befürwortet deren Ansiedlung außerhalb Israels, will aber aus politischen Gründen nur eine kleine Anzahl von ihnen aufnehmen (christliche Bevölkerung 52 Prozent). Für Syrien bestehen vorläufig hauptsächlich Bewässerungsprojekte. Wenn der UNRWA mit ihren Fachleuten und finanziellen Mitteln gestattet würde, die Pläne zu fördern, so dürfte im Laufe der nächsten zehn Jahre für Tausende von Familien nutzbarer Boden zur Verfügung stehen. Doch, wie eine Kennerin des Landes sich ausdrückt: «Syrien ist kein Wohlfahrtsstaat, und die Vorstellung einer besseren Existenz für die Bauern ist noch nicht bis in die höchsten Kreise gedrungen.» Überdies haben wohl die neuesten politischen Ereignisse in Syrien, das heißt die Einflußnahme der Sowjetunion, vollständig neue Verhältnisse geschaffen.

Irak mit einer Bevölkerung von fünf Millionen auf einem Gebiet von der zehnfachen Fläche der Schweiz scheint bis jetzt die besten Aussichten für die künftige Neuansiedlung der arabischen Flüchtlinge zu bieten. Von den 9½ Millionen Hektaren bebaubaren Bodens wird gegenwärtig nur ein Drittel genutzt. Zudem stellt die Regierung (als Konzession an die Forderungen der ärmeren Schichten) einer Körperschaft für den Ausbau von Landwirtschaft und Industrie 70 Prozent der reichen Öleinkünfte des Landes zur Verfügung. Gegenwärtig ist ein riesiges Flußkorrektionswerk in Ausführung, das die Überschwemmungen verhindern und neues Land bewässern wird. Was das wichtigste ist, der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften wie anderer Kategorien von Arbeitern, ist schon jetzt ungemein groß und könnte in einigen Jahren die gesamte Flüchtlingsbevölkerung von Pa-

lästina absorbieren. Dies immer unter dem Vorbehalt einer Stabilisierung der Lage, die gegenwärtig auf des Messers Schneide ist. Irak, ein letzter Außenposten britischer Kolonialwirtschaft, gehört dem Bagdadpakt an. Diese westliche Bindung, entgegen den Forderungen der irakischen Nationalisten nach Unabhängigkeit vom Westen, wird nur durch die auf das Militär gegründete Diktatur eines Mannes, Nuri es Said, aufrechterhalten. Der Ausbau der wirtschaftlichen Grundlagen des Landes ist Nuri es Saids persönliche Politik, die den radikalen Strömungen im Lande zuvorkommen will. Sie stimmt nicht überein mit den Interessen der Großgrundbesitzer und ist kaum gesichert.

Wenn die Neuansiedlung der palästinensischen Araber allein von den Finanzierungsmöglichkeiten abhinge, so könnte man sie in wenigen Jahren lösen, denn es sind, wie erwähnt, genügend Ausbauprojekte in Ausführung, die ihnen erlauben würden, eine menschenwürdige neue Existenz aufzubauen. Wie auch an der Genfer Konferenz vom letzten Mai festgestellt wurde, stellte die UNO 1952 den Betrag von 200 Millionen Dollar zur Schaffung neuer Heimstätten und Arbeitsplätze für die Araber zur Verfügung. Diese Summe ist noch nicht zur Verwendung gekommen. Es wird jedoch – auch durch die Ereignisse in Syrien – immer klarer, daß die Aufnahme dieser Flüchtlinge ein eminent politisches Problem ist und nur durch politische Flurbereinigung zwischen den beiden Großmächten USA und der Sowjetunion (nicht durch Bagdadpakt und militärische Abmachungen) gelöst werden kann.

Wir verdanken einen Teil unserer Angaben

1. einem Artikel von F. Th. Wittkamp in der Broschüre der «Research Group for European Migration Problems» (REMP-Bulletin), Herausgeber: G. Beijer, 17 Pauwenlaan, The Hague, Netherlands;

2. dem Rapport der Konferenz über Flüchtlingsfragen (27./28. Mai 1957 in Genf).

Wir haben hier dargestellt, wie die politischen Ereignisse der letzten dreißig Jahre vom Westen aus gesehen und kommentiert werden. Um unseren Lesern die Möglichkeit zu geben, zu einem eigenen Urteil zu kommen, werden wir in der nächsten Ausgabe der «Neuen Wege» zu zeigen versuchen, wie die Araber beurteilen, was im Mittleren Osten geschehen ist.

Paul Furrer

Vom gemeinsamen Leben

Etwas über die Bruderhöfe

Selten sind die Menschen, die zum Strahlungszentrum werden für diese Welt. Noch seltener sind solche, die es über sich bringen, nach den «Brüdern über den Bergen» auszuschauen. Am seltensten aber sind wohl die, mit denen man l e b e n kann.